

THUR. LANDTAG POST
26.08.2021 10:36

21296/2021



BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, Bezirksverband
Nürnberg e.V.; Postfach 12 04 09, 90111 Nürnberg

Thüringer Landtag
Verwaltung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

per Mail

**Deutsche Zoll- und
Finanzgewerkschaft**
Bezirksverband Nürnberg
(Nordbayern, Thüringen,
West Sachsen) e.V.

E-Mail: vorstand@bdz-n.de
Internet: www.bdz-n.de

Nürnberg, 26. August 2021

**Einführung der Eilzuständigkeit für die Vollzugskräfte der Zollverwaltung;
Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes**

Drucksache 7/3726

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß Ihrem o.a. Schreiben nutzen wir die Gelegenheit, eine Stellungnahme zu dem
o.a. Gesetzesentwurf abzugeben und bitten, diese den betreffenden Abgeordneten zur
Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

Drucksache 7/3726

**Stellungnahme zur Einführung der Eilzuständigkeit für die Vollzugskräfte der Zollverwaltung;
Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes**

Mit dem Gesetz zur Änderung des Zollverwaltungsgesetzes (ZollVG) vom 10.3.2017 (BGBl. I 425) wurden die Bestimmungen nach § 12d ZollVG eingeführt, welche den Ländern die Einführung der Eilzuständigkeit ermöglichen. Mittlerweile haben alle Bundesländer mit Ausnahme von Thüringen dies umgesetzt.

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf (Drs. 7/3726) sollen keinerlei Aufgaben für die Zollverwaltung requiriert werden; es geht lediglich darum, eine Rechtslücke zu schließen, damit Straftäter rechtssicher den weiterhin zuständigen Strafverfolgungsbehörden des Landes zugeführt werden können.

Die Zollverwaltung ist ein anerkannter Bestandteil der deutschen Sicherheitsarchitektur.

In Zeiten der Terrorabwehr, der Reichsbürger und steigender organisierter Kriminalität müssen Vollzugskräfte des Bundes und der Länder mit klaren Gesetzen ausgestattet sein, damit Straftaten verhindert und stringent verfolgt werden können.

Die polizeiliche Gefahrenabwehr ist nach der grundgesetzlichen Zuständigkeitsordnung eine Aufgabe der einzelnen Bundesländer. Diese können über landesgesetzliche Regelungen der Zollverwaltung eine entsprechende Eilzuständigkeit übertragen. Eine einheitliche bundesgesetzliche Regelung ist aufgrund der Gesetzgebungskompetenz der Länder nicht möglich.

Die Vollzugskräfte der Zollverwaltung treffen im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung immer wieder Situationen an, die ein unmittelbares polizeiliches Handeln erfordern. Eine hierfür typische Situation im Rahmen einer Zollkontrolle ist beispielsweise ein per Haftbefehl gesuchter Beteiligter. In diesem Fall würde die zuständige Thüringische Polizeieinheit gerufen werden, um die Person zu übernehmen.

Nur für den Fall, dass die Polizeikräfte nicht bzw. nicht zeitnah kommen können, würde die Eilzuständigkeit greifen. Zur Gefahrenabwehr könnten dann die Zollvollzugskräfte vor Ort die Person festhalten und der zuständigen Polizeieinheit zuführen.

Mit der Einführung der Eilzuständigkeit für Zollbeamte/innen im Vollzugsdienst schließen Sie eine Überwachungslücke und sorgen für mehr Sicherheit im Straßenverkehr (auch auf Autobahnen) und bei strafprozessualen Maßnahmen.

Die BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft – Bezirksverband Nürnberg (Nordbayern, Thüringen, Westsachsen) e. V., die etwa 1.000 Zöllnerinnen und Zöllner im Freistaat Thüringen vertritt, fordert und fördert die Einführung der Eilzuständigkeit im Interesse der Sicherheit der Bürger/innen und Rechtssicherheit der Zollbeamten/innen im Vollzugsdienst.

Die Steigerung der Effektivität der Strafverfolgung ist das Ziel aller in Deutschland tätigen Polizei- und Sicherheitsbehörden. Ein bundeseinheitliches Auftreten des Zolls durch die Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten der Zollbediensteten und die damit verbundene Einräumung entsprechender Befugnisse zur Wahrnehmung der Eilzuständigkeit wird hierbei auch dem Sicherheitsbedürfnis der Zollvollzugskräfte gerecht. Deshalb bitten wir Sie, dieser sinnvollen Regelung zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes zuzustimmen.

Es ist aus unserer Sicht unverständlich, warum den Bürger/innen im Freistaat Thüringen ein schlechteres Schutzniveau in polizeilichen Notfällen zu Teil werden soll, als in allen anderen Bundesländern. Die Öffentlichkeit hätte kein Verständnis dafür, falls ein angetroffener Straftäter mangels Eilkompetenz nicht festgehalten und nicht den Polizeikräften übermittelt werden würde.